

Wahlkampf nur die Herren Lloyd George und Clemenceau ihre Freude haben würden. Sollte eine solche Einigung aber, wie es scheint, nicht erfolgen, so bitte ich, nicht zu vergessen, daß die unausgetragene Spannung der abgelehnten Wahlrechtsvorlage die Stimmung im Innern bis zum letzten Kriegstage beherrschen würde. Während gegenwärtig aller Augen auf das außenpolitische Kriegsziel gerichtet sind und die Mehrheit des 19. Juli unter dem energischen Schauflüssen der Siegestimmung im deutschen Volke zusammengedrückt ist, würde die Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit einem Schlage die innerpolitische Plattform der Wahlrechtsfrage in den Vordergrund stellen und damit gerade die Gruppe des 19. Juli erneut stärken. Dem „Berliner Tageblatt“, dem „Vorwärts“ und der „Germania“ des Herrn Erzberger könnte gar kein größerer Triumph beschieden werden, als wenn jetzt die Wahlrechtsfrage das innere Leben Deutschlands bis zum Kriegsschluß beherrschen würde und damit alle Parteien, welche geschlossen oder in ihrer Mehrheit für das gleiche Wahlrecht eintreten, darunter auch die nationalliberale Partei, an die Seite dieser Mehrheit gedrängt werden, während es die Forderung des Tages ist, die Wahlrechtsvorlage aus der Debatte des Tages verschwunden zu lassen, um die Zusammenfassung der weltlichen Kräfte der Nation für die Auswirkung der deutschen Siege zum Aufbau eines größeren Deutschlands vorzubereiten und durchzuführen und Herrn Scheidemann mit seiner Politik des Status quo wieder so zu isolieren, wie dies in den ersten Jahren des Krieges der Fall war. Nichts aber würde, ich kann das nicht oft genug wiederholen, diese Entwicklung stärker unterbrechen, als die dauernd nachgehaltene Erregung über die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage durch ein hinausziehen der notwendigen Entscheidung.

So unerwünscht ein Wahlkampf wegen der Rückwirkung auf das Ausland wäre, so besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß er sich verhältnismäßig sehr schnell und ruhig vollziehen würde. Bei der Form des Dreiklassenwahlrechts haben die preussischen Wahlen überhaupt niemals eine große Erregung hervorgerufen. In all den Fällen, in denen Wahlrechtsfreunde bisher gegeneinander kandidierten, würde der Burgfrieden gewahrt werden, so daß ein Wahlkampf gar nicht in Frage käme. Gefämpft würde schließlich nur in etwa 75 Wahlkreisen, da die Entscheidung ja von wenigen Stimmen abhängig ist. Nach vier Wochen aufgeregter Pressekommentare wäre die Ruhe wieder eingekehrt, und wir könnten uns daraufhin konzentrieren, den Siegeswillen des Volkes wachzuhalten und hätten die Bahn frei für die außenpolitischen Fragen.

Vor allem aber möchte ich als einer von denen, die in Hunderten von Versammlungen sich für die unbedingte Autorität der Obersten Heeresleitung eingesetzt haben, auf das dringendste davor warnen, daß sich die